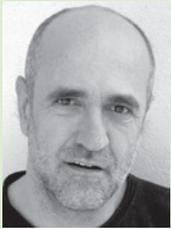


GRÜNE für Rum

An einen Haushalt · Postentgelt bar bezahlt

Liebe Rumerinnen und Rumer,



es ist endlich Frühling geworden und wir schicken Ihnen wieder einmal eine GRÜNE Zeitung.

Es hat sich einiges getan. Einerseits eine enorme Erhöhung der Müllgebühren – um ca. 45%. Wir waren da dagegen, v. a. weil es keinerlei finanziellen Anreiz gibt, Müll einzusparen. (Die ÖVP war auch dagegen, hat aber beim Budget dann wieder zugestimmt.)

Es tut sich was in der Ortsentwicklung – wir haben da einiges ins Rollen gebracht. GR Roman Zenz stellt nebenstehend unsere Überlegungen, die mittlerweile auch zu einem SPÖ-Antrag geführt haben, vor.

Monatelang war die Immobiliengesellschaft Thema – wir finden, nicht zu Recht. Eine kurze Zusammenfassung finden Sie in der Zeitung. Wir arbeiten auch an einer Verbesserung der Öffentlichen Verkehrsmittel. Auch hier nähere Infos im Blatt.

Unsere Gruppe hat interessanten Zuwachs bekommen. Sogar „prominenten“. Wir stellen ihn vor.

Es zeigt sich immer wieder: mit zwei Mandaten von 19 ist gegenüber einer absoluten Mehrheit nicht allzu viel auszurichten. Absolute Mehrheiten sind nie gut. Wir versuchen über die Öffentlichkeit immer wieder Druck zu machen. Das gelingt bisweilen ganz gut. 2010 sind wieder Gemeinderatswahlen. Es wird unser Ziel sein, die absolute Mehrheit der SPÖ zu brechen. Manches, was heute nur sehr zäh und langsam geht, wär dann vielleicht viel flotter möglich.

Michael Bürkle, Gemeinderat

Michael Bürkle

Michael Bürkle, Gemeinderat



Ein Ortszentrum für Neu-Rum

– schon bald Realität?

Ein GRÜNER Antrag zur Schaffung eines Ortszentrums in Neu-Rum scheint bei der Gemeindeführung auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. In der vorletzten Gemeinderatssitzung bezog sich der Bürgermeister auf unseren Vorschlag und sprach von der Notwendigkeit, die GRÜNE Idee in einem umfassenderen Kontext zu sehen. Er spricht nun von einem „Verkehrs- und Infrastrukturkonzept für Neu-Rum“. Wir werden darauf achten, dass es sich nicht nur um leere Worte handelt und sind gerne zu einer konstruktiven Mitarbeit bereit, denn Neu-Rum braucht ein Ortszentrum.

Neu-Rum – quo vadis?

Es sind inzwischen über 30 Jahre vergangen, als die ersten großen Wohnblöcke in Neu-Rum errichtet worden sind. Viele Familien haben in diesen drei Jahrzehnten

ihre Heimat im südlichsten Teil der Marktgemeinde gefunden und fühlen sich auch heute noch hier zu Hause. Doch Neu-Rum ist in Bewegung: Das Gewerbegebiet, eine der Haupteinnahmequellen

► Seite 2

der Gemeinde, wächst, zusätzliche Wohnanlagen wurden und werden gebaut und das vor einigen Jahren eröffnete Soziale Kompetenzzentrum betreut ältere GemeindebürgerInnen. Außerdem wird es in den nächsten Jahren zu weiteren sichtbaren Veränderungen der Infrastruktur des Ortsteils kommen. Die Stadt Innsbruck wird nämlich die IVB-Buslinie O einstellen und stattdessen eine moderne Straßenbahn errichten, die das Olympische Dorf mit dem Stadtzentrum verbinden soll. Diese

Straßenbahn soll als Regionalbahn Richtung Hall verlängert werden und somit durch unsere Gemeinde führen.

Die laufenden Veränderungen des Ortsbildes sind unserer Meinung nach Anlass genug, über ein möglichst verkehrsberuhigtes Zentrum für Neu-Rum nachzudenken. Ein Platz soll geschaffen werden, an dem man sich treffen kann, wo Kinder spielen, wo man in Ruhe einen Cappuccino trinken kann, ein Platz also, der die Wohn- und Lebensqualität in Neu-

Rum erheblich verbessert. Wichtige Einrichtungen wie Kirche, Schule, Gemeindeamt und Seniorenheim gehören zu diesem Zentrum selbstverständlich dazu. Und das Beste ist: Diese Einrichtungen existieren bereits und würden einen idealen Kern des Ortszentrums bilden.

Nun geht es darum, möglichst viele Ideen zu sammeln und bisher unscheinbare Plätze rund um diese Einrichtungen als Treffpunkt(e) für Jung und Alt zu gestalten.

Roman Zenz

Rum und die Öffis

Von der Schwierigkeit Fahrpläne zu koordinieren



Rum ist dank seiner Nähe zu Innsbruck mit Linien des öffentlichen Verkehrs gesegnet. Und seit 9. Dezember 2007 fährt auch endlich die seit Anfang der 90er Jahre versprochene S-Bahn zwischen Hall und Telfs im Halbstundentakt (nicht zu verwechseln mit der geplanten Regionalbahn).

Fünf Minuten Fahrzeit bis Innsbruck Hauptbahnhof sind der absolute Rekord bei den Öffis und die Bahn lässt damit auch jeden Pkw hinter sich – umweltschonend und komfortabel!

Leider haben jedoch bisher alle Betreiber von Buslinien das neue Bahnangebot verschlafen. Durch den mit der Bahn nicht abgestimm-

ten Fahrplan scheiden derzeit die Buslinien als Zubringer zum Bahnhof Rum aus. Darunter auch die für uns Rumer interessante Rumer Linie.

Weiters fährt diese einzige Verkehrsverbindung innerhalb von Rum weder in den Tagesrandstunden noch am Wochenende.

Um die öffentlichen Verkehrsmittel noch attraktiver zu machen und für die Fahrgäste unnötige Wartezeiten zukünftig zu vermeiden haben wir bei der letzten Gemeinderatssitzung einen Antrag zur besseren Abstimmung des öffentlichen Verkehrs eingebracht. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, den Bahnhof Rum als Drehscheibe für den Übergang von Bus auf Bahn zu etablieren und damit zum Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel anzuregen.

Wenn Sie Verbesserungsvorschläge für den öffentlichen Verkehr in Rum haben, wenden Sie sich bitte an uns: rum@gruene.at

Bernhard Kirchebner

ÖFFI-QUIZ

1. **Wie viele Buslinien halten in Rum?**

a) 6 b) 9 c) 13

2. **Wie viele Bushaltestellen gibt es in Rum?**

a) 12 b) 22 c) 28

3. **Wie viele Buslinien sind auf den Takt der neuen S-Bahn zwischen Hall und Telfs abgestimmt?**

a) 0 b) 2 c) 5

(Auflösung auf Seite 8)

Eine Rumerin auf dem Weg in den Landtag

Ingrid Felipe

Eine Rumerin an 2. Stelle der Bezirksliste, an 5. Stelle der Landesliste für die Landtagswahl. Auf zwei Kampfmantaten: wer bist du?

Felipe: Ich hab als Ingrid Walpoth meine Kindheit und Jugend in Rum verbracht und bin dann mit 20 nach Innsbruck gezogen. Während meiner Studienzeit – ich habe BWL studiert – habe ich den Vater meines Sohnes Tristan, der 2003 geboren wurde, kennengelernt und geheiratet. Die Ehe wurde nach fünf Jahren geschieden, den klingenden lateinamerikanischen Namen Felipe habe ich behalten.

Beruflich bin ich derzeit im Architekturbüro Parson tätig, wo ich mich um die wirtschaftlichen Belange kümmere. Außerdem bin ich seit Juni 2005 die Landesfinanzreferentin der Tiroler GRÜNEN.

Warum haben die Rumer GRÜNEN in den letzten Jahren nichts von dir gehört?

Felipe: Das hat zwei Gründe: Einerseits bin ich 2005 als Quereinsteigerin bei der Landespartei mit der Funktion der Finanzreferentin betraut worden. Vorher war ich zwar politisch interessiert, aber nicht politisch aktiv.

Zweitens bin ich erst im August 2007 nach der Scheidung wieder nach Rum, nach Hause zurückgekehrt. Die Nähe zu meiner Familie und die positiven Erinnerungen an meine Kindheit haben mir die Entscheidung, wieder Rumerin zu werden, sehr leicht gemacht.

Die GRÜNE Gemeindegruppe hat mich sehr herzlich aufgenommen und ich möchte auch auf der Gemeindeebene beim Umsetzen grüner Ideen mitwirken.

Du bist Alleinerzieherin, stehst voll im Berufsleben und bist politisch aktiv. Wie geht das zusammen?

Felipe: Hier spielen mehrere günstige Umstände zusammen: Die Bezeichnung „Alleinerziehende“ trifft meine Situation nicht wirklich. Zwar bin



Ingrid Felipe, Finanzfachfrau, geb. 1978, Mutter eines Kindes. 2. auf der GRÜNEN Bezirksliste, 5. auf der GRÜNEN Landesliste

ich Single-Mutter, aber meine Eltern und auch meine Schwester mit ihrer Familie unterstützen mich im Erziehungsalltag. Ebenso hat mein Sohn eine gute Bindung zu seinem Vater.

Beruflich habe ich das Glück, einen sehr verständnisvollen und toleranten Chef zu haben. Kindergartenferien oder Pflegeurlaub sind kaum ein Problem, weil ich meinen Sohn entweder mitnehmen kann oder ohne Umstände frei bekomme. Mir ist aber bewusst, wie schwierig diese Situationen für alleinerziehende Eltern sein können.

Meine politische Aktivität ist Beruf und Hobby in einem. Als Funktionärin verfüge ich über das Privileg der freien Zeiteinteilung, Rücksichtnahme auf meine Elternschaft ist auch hier niemals ein Problem.

Welche politischen Themen liegen dir besonders am Herzen?

Felipe: Wirtschaft und Finanzen, Tourismus, Sport, Moderne Familienpolitik

Was gefällt dir in Rum, was nicht?

Felipe: In Rum schätze ich vor allem die merkbar bessere soziale Situation als in Innsbruck bei gleichzeitiger

Nähe zur Stadt. Unbedingt verbesserungswürdig in Rum ist die Müllwirtschaft, die Öffi-Verbindung zwischen Rum und Neu-Rum, die Ortsteilentwicklung in Neu-Rum und auch das Demokratieverständnis in der Gemeindepolitik. Ich meine auch, dass die durchaus funktionierende Rumer Wirtschaftspolitik noch viel nachhaltiger gestaltet werden könnte.

Was hast du von der Arbeit der Rumer GRÜNEN mitbekommen?

Felipe: Wie auf Landesebene ist es auch in der Rumer Gemeindepolitik schwer, konstruktive Beiträge leisten zu können, wenn die Regierungsparteien eine absolute Mehrheit haben. Ob ÖVP oder SPÖ an der Macht ist, macht keinen großen Unterschied.

Dennoch konnten die Rumer GRÜNEN viel weiterbringen. Ich habe den Eindruck, die GRÜNEN denken vor und manchmal denkt dann die SPÖ auch nach.

Wie viele Mandate traust du den Tiroler GRÜNEN bei der Landtagswahl zu?

Felipe: Selbstverständlich traue ich uns mindestens sechs Mandate zu, dann darf ich für die grün-bewegte Tiroler Bevölkerung in den Landtag einziehen. Wenn jede/r Fünfte in Tirol grün wählt, dann ist noch mehr möglich.

Briefwahl und Wahlkarte

Bei der Landtagswahl am 8. Juni 2008 kann man zum ersten Mal auch außerhalb Tirols wählen: nämlich per **Briefwahl**. Man benötigt dazu eine „Wahlkarte“. (Mit dieser kann man auch in einem anderen Ort innerhalb Tirols wählen.)

Wahlkarten kann man ab sofort beim Gemeindeamt beantragen: schriftlich (auch per E-Mail oder Fax) bis 4. 6., mündlich/persönlich bis spätestens 6. 6., 12 Uhr.

Wenn man die Wahlkarte schriftlich beantragt, muss man die Identität durch Abbildung eines Personalausweises oder Passes belegen.

So funktioniert die Briefwahl:

1. Ausgefüllter Stimmzettel ins Kuvert; Kuvert in die Wahlkarte (Briefumschlag); diese verschließen
2. Auf der Wahlkarte ist die vorgedruckte **eidesstattliche Erklärung** auszufüllen.
3. Auf der Wahlkarte a) die **Identität** des Wählers/der Wählerin und b) das **Datum** und die **Uhrzeit** der eidesstattlichen Erklärung eintragen.
4. Datum und Uhrzeit müssen **vor Wahlschluss** des letzten Wahllokales in Tirol liegen
5. **Rechtzeitig** abschicken: Wahlkarte muss spätestens am 16. Juni bei der Wahlbehörde eintreffen. Die Verantwortung dafür hat der Wähler/die Wählerin.



Die Rumer Immobiliengesellschaft

Schlampereien beheben, zurück zur Sachpolitik

Kurz eine Zusammenfassung der Ereignisse:

Zu Beginn der Amtsperiode des Gemeinderats wurde der damalige Amtsleiter Christian Braito zum Geschäftsführer für beide Gesellschaften der Gemeinde (die Immobiliengesellschaft und die SOKO-Gesellschaft) bestellt. Nach dem überraschend schnellen Ausscheiden Braitos mussten am 31. 5. 2005 neue Geschäftsführer bestellt werden. Wir stellten damals den Antrag, die beiden Stellen auszuschreiben, wurden aber überstimmt. Es wurden die beiden Ausschussvorsitzenden (Christoph Kopp jr. für den Infrastrukturausschuss und Walter Trescher für den Sozialausschuss) mit der SPÖ-Mehrheit zu den Geschäftsführern bestellt.

Im Jahre 2007 kritisierte GR Franz Abfalter (ÖVP) die Art des Dienstverhältnisses von Christoph Kopp jr., das ein (mündlich formuliertes) Angestelltenverhältnis geworden war, und dass kein ausreichendes Fahrtenbuch vorliege. Die SPÖ argumentierte, laut Auskunft der GKK Tirol sei keine andere Gestaltung des Dienstverhältnisses in Frage gekommen und Kopp jr. habe seine Fahrtkostenpauschale nicht einmal ausgenutzt. (Vize Trescher wickelt seine Geschäftsführertätigkeit als Werkvertrag ab; die beiden Tätigkeiten sind aber nicht 100%-ig vergleichbar.) Abfalter goss seine Kritik in einen „Minderheitenbericht“ zum Bericht

des Prüfungsausschusses, der (mit SP-Mehrheit) keine Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte.

Wir kritisierten die Tatsache einer mangelnden Ausschreibung und forderten, die Schlaperei eines mündlichen Vertragsverhältnisses schnellstens zu beheben und ansonsten wieder zur Sachpolitik zurückzukehren. „Die Immobiliengesellschaft ist nicht *das* Problem der Gemeinde Rum“, war (und ist) unsere Position.

Beim Neujahrsempfang des Bürgermeisters drohte dieser – ohne Namen zu nennen – den Kritikern öffentlich „Konsequenzen“ an.

Auf ein Angebot der ÖVP, zum Thema Immobiliengesellschaft eine eigene Gemeinderatssitzung einzuberufen, gingen wir nicht ein, da uns das Thema nicht wichtig genug war.

Im Betrieb Abfallers nahm die GKK eine Betriebsprüfung vor, von der GR Abfalter vermutete, dass sie eine von der SPÖ initiierte Rachemaßnahme war, was von Vize Trescher vehement verneint wurde.

Bei der vorletzten Gemeinderatssitzung kam es zu einer teilweise echt untergriffigen etwa einstündigen Debatte zwischen Bgm. Kopp und GR Abfalter. Wir stellten einige Anfragen zur Immobiliengesellschaft, die z. T. noch in der Sitzung beantwortet wurden. Am Schluss der Sitzung stellte GR Abfalter den Antrag, das Dienstverhältnis des Christoph Kopp jr. einvernehmlich zu lösen und Kopp jr. per Werkvertrag wieder anzustellen.

Übrigens haben beide ÖVP-Fraktionen auch allen Budgetvoranschlägen der SPÖ und allen Budgetabschlüssen zugestimmt.

Michael Bürkle

Wir fühlen uns durch die Ereignisse bestätigt. Es sind von Seiten der Gemeinde zweifelsohne Schlampereien passiert – keine Ausschreibung, kein schriftlicher Dienstvertrag, kein Dienstzettel – die wir mit Recht kritisiert haben und die in der Zwischenzeit z. T. behoben wurden. Substantielle Vorwürfe gegenüber der Arbeit von Kopp jr. liegen offensichtlich nicht vor, sonst hätte die ÖVP nicht selbst seine Wiedereinstellung beantragt. Die unschöne Optik, dass der Bürgermeister mit seinem Sohn ein mündliches Angestelltenverhältnis abgeschlossen hat, hätte sich die SPÖ mit der von uns geforderten Ausschreibung leicht sparen können. Das Problem ist offenbar auch eines persönlicher Spannungen zwischen den Hauptakteuren. Es ist aber nicht *die* politische Frage für die Gemeinde Rum.

Wir hoffen, dass auch die anderen Seiten zu einer konstruktiven und kritischen Sachpolitik zurückkehren; von unserer Seite hat es daran nie gefehlt.

Kinder, Kinder

Das richtige Maß an Kinderbetreuung

Tirol will also das familienfreundlichste Bundesland werden. Kann das allein durch ein erweitertes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen, vor allem für Kleinkinder, erreicht werden, um Müttern den schnellst möglichen Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen? Ein wichtiger Schritt, aber bei weitem nicht genug! Die Vereinbarkeitsfrage von Familie und Beruf ist keine frauenpolitische, sondern eine familienpolitische Herausforderung. Es muss zumindest die Möglichkeit geschaffen werden, dass auch Väter Zeit und Mut für Kinderbetreuung finden. Und vor allem weil die Kinder und deren Bedürfnisse in den Mittelpunkt solcher Überlegungen zurückgeholt werden müssen.

Früher war alles besser?

Damals, als das Rollenverständnis von Müttern noch unumstritten war, als es noch selbstverständlich war, dass die Mamas, und nur die Mamas, zu Hause bei den Kindern bleiben und sich um Haushalt und Familie im Rahmen eines unbezahlten 24-Stunden-Jobs kümmern, da war die Welt noch in Ordnung. Niemand forderte Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder, Mittagstische oder gar Ganztagskindergärten und -schulen. Wir vergessen oft, dass die Mütter von damals aufgrund der großen Kinderzahl, der anfallenden Aufgaben im Haus oder auch am Hof vielfach keine Zeit fanden, sich mit ihren Sprösslingen auseinanderzusetzen. Oft übernahmen ältere Geschwister die Erziehung der jüngeren, Frühfördermaßnahmen waren unbekannt bzw. unpopulär. Eine heile Welt war das damals nicht, wenn wir genauer hinschauen. Die damals noch üblicheren Großfamilien und guten nachbarschaftlichen Beziehungen unterstützten die Mütter bei der Erziehungsarbeit. Heute brauchen viele Eltern Unterstützung von „außen“, Tagesmüttern und -vätern, Babysittern und natürlich Kinderbetreuungseinrichtungen, öffentlich oder selbstorganisiert.

Kinder- aufbewahrungsanstalten

Dient die „Fremdbetreuung“ von Kindern denn wirklich nur der Befriedigung der Elternbedürfnisse nach beruflicher Verwirklichung oder kinderfreier Zeit? Sollte es tatsächlich so sein, könnte mit Recht gefordert werden, die Zeit, die Kinder getrennt von ihren Eltern verbringen „müssen“, auf das mögliche Mindestmaß zu reduzieren. Also nur so viel, wie unbedingt zur finanziellen Absicherung der Familie nötig ist.

Nun sind sich heutzutage aber PädagogInnen, PsychologInnen, Eltern und vermutlich auch Kinder einig, dass Erziehung eines Kindes nicht nur in der kleinen, begrenzten Welt einer Drei-Zimmer-Wohnung stattfinden sollte. Ein kleiner Mensch braucht unterschiedliche Eindrücke, verschiedene Erfahrungen, vielfältige Weltbilder und vor allem auch andere kleine Menschen. Erlernen von sozialem Verhalten und soziales Lernen funktioniert am besten unter Gleichaltrigen, daher sollten gerade auch Kleinkinder unter drei Jahren soziale Kontakte erleben. Um seinem



Nachwuchs das Beste zu tun, muss er oder sie nicht Tag und Nacht von Mutter oder Vater umsorgt werden. Die Wahl der Fremdbetreuung muss allerdings sorgfältig getroffen werden. Betreuungsverhältnis und pädagogische Ansätze sollten subjektiven Maßstäben entsprechen, dann ersparen sich die Eltern auch jegliches schlechte Gewissen.

Das schlechte Gewissen

Rabenmutter ... Warum hört man eigentlich kaum den Ausdruck „Rabenvater“? Warum fühlen sich viele Mütter schlecht, wenn sie aus beruflichen (oder auch privaten) Gründen an manchen Tagen weniger Zeit mit den Kleinen verbringen? Gibt es auch Väter, die aus denselben Gründen das schlechte Gewissen plagt? Oder ist das ein eher „weibliches“ Phänomen? Und macht einen allein die Tatsache, dass das eigene Kind immer bei seiner Mutter oder seinem Vater sein kann, schon zu besseren Eltern?

Wichtiger als die Zahl der Stunden und Tage, die Kinder mit ihren Eltern verbringen können, ist doch was in diesen Minuten, Stunden und Tagen passiert. Oft wiegt eine Stunde gemeinsames Spiel in der Wahrnehmung von Kindern mehr als ein ganzer Tag Beaufsichtigung.

Das richtige Maß?

Was nun ist denn das richtige Maß an Kinderbetreuung? Das sollte wohl jede Familie auf die eigenen Wünsche und Bedürfnisse abstimmen. Dazu müssten aber alle Eltern die Wahlmöglichkeit haben, ob ein Elternteil zu Hause bleiben will, das heißt ob sich die Familie das leisten kann, oder aber ob die Kinder in Kinderkrippen und -gärten, oder auch bei Tagesmüttern und -vätern etc. fremdbetreut werden. Dazu braucht es aber ausreichend Angebot, womit wir wieder bei den oben erwähnten Ansatzpunkten wären, einem erweiterten Angebot an Ganztags- und Ganzjahres-Kinderbetreuungseinrichtungen – auch für Kleinkinder, und einem einkommensabhängigen Karenzgeld, das Vätern und Müttern auch finanziell ermöglicht, ihre Kinder selbst zu betreuen.

Ingrid Felipe



Der Künstler Franz Wassermann hat in seinem Projekt TEMPORÄRES DENKMAL – <http://mylivingroom.org> – mindestens drei namentlich bekannte Opfer der NS-Euthanasie für Rum nachgewiesen. Wassermann hat sich an die Gemeinde gewandt; auf Antrag der GRÜNEN wurde nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um „einen für Rum sinnvollen Weg eines Gedenkens an die Rumer Euthanasieopfer“ zu planen. Die Rumer GRÜNEN werden durch Christiane Unterwurzacher in der Arbeitsgruppe vertreten sein.

Den Opfern einen Namen geben ...

Rum gedenkt der Euthanasieopfer

„**Euthanasia**“, ein guter, leichter Tod, war in der ursprünglichen Bedeutung auf den Sterbevorgang an sich bezogen. Euthanasie als beschönigender Ausdruck für Mord, getarnt als Gnade und Erlösung von so genanntem „lebensunwerten Leben“, war die Diktion der Nationalsozialisten.

Ab Juli 1939 plante das NS-Regime die „Aktion T 4“, die den Massenmord an psychisch Kranken, geistig und körperlich Behinderten sowie sozial unangepassten und verhaltensauffälligen Menschen aus wirtschaftlichen und rassistischen Gründen zum Ziel hatte.

Das Motto lautete: keine Hilfe für Schwache und Kranke, für „unnütze Esser“, jede Unterstützung für Gesunde und Tüchtige. Das Recht des Menschen auf Leben wurde von seinen Kosten und seinem Nutzen abhängig gemacht.

Im Dezember 1940 wurden die ersten 179 Patienten aus der Heil- und Pflegeanstalt Hall abgeholt und nach Schloss Hartheim bei Linz gebracht. In der Folge gingen von Hall noch drei weitere Todestransporte ab. Unter den Opfern befanden sich auch mittellose alte Menschen und leicht Behinderte aus den Versorgungshäusern der Barmherzigen Schwestern in Nassereith, Imst und Ried, Insassen des St.Josef-Instituts in Mils sowie Kinder und Jugendliche aus dem Heim Mariathal bei Kramsach. Auch aus der Valduna bei Rankweil wurden Tiroler Patienten in die Tötungsanstalt Hartheim gebracht. Nach ihrer Ankunft wurden die Menschen in den Gaskammern getötet und verbrannt. Die Verwandten er-

hielten eine standardmäßige Benachrichtigung unter Angabe einer erfundenen Todesursache.

Trotz Geheimhaltung war das Wissen um diese Geschehnisse in der Öffentlichkeit groß. Die Bevölkerung wurde unruhig. Der bedeutendste Widerstand gegen die NS-Euthanasie ging von den christlichen Kirchen aus. So wurde das Tötungsprogramm vorerst offiziell eingestellt, ging im Geheimen aber noch bis kurz vor Kriegsende weiter. In dieser zweiten Phase töteten Ärzte und Pflegepersonal in verschiedenen Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten eigenmächtig durch Medikamentenüberdosierung oder Medikamentenentzug, Verweigerung lebenserhaltender Eingriffe, Todesspritzen und gezieltes Verhungernlassen. Viele Betroffene kamen als Versuchskaninchen für medizinische Experimente um. Die Opfer stammten jetzt zunehmend aus Altersheimen, Armen- und Waisenhäusern und sonstigen Fürsorgeeinrichtungen. Viele wurden sogar zwangsweise aus den Familien geholt.

Die Forschung geht von insgesamt mehr als 28.000 Menschen aus, die in Hartheim ermordet wurden. Derzeit ist für Nordtirol die Tötung von 502 Menschen dokumentiert. Die tatsächliche Opferzahl ist aber höher

anzusetzen. In einer Studie wird von weiteren 300 bis 400 Personen ausgegangen, die in Hall dem Hungertod preisgegeben worden sein sollen. Insgesamt kann die Wissenschaft 709 NS-Euthanasieopfer im Gau Tirol-Vorarlberg nachweisen.

Obwohl bei diesen Massenmorden Kranken- und Fürsorgeeinrichtungen, Sozialverwaltungen, Gerichte, Standesämter, Gemeinden, Bürgermeister, Reichsbahn, die NSDAP und andere Institutionen mitwirkten und somit sehr viele Personen direkt und indirekt beteiligt waren, wollte der Großteil der Bevölkerung nichts wissen, fragte nicht nach, schaute weg.

Jahrzehntelang wurden die Euthanasieopfer von der Republik Österreich nicht als NS-Opfer anerkannt, da sie keine rassistisch oder politisch Verfolgten waren. Auch ihre Angehörigen erfuhren lange weder Respekt noch Anerkennung für ihr Leid.

Noch heute fällt die Erinnerung schwer. Doch inzwischen gibt es immer mehr Tiroler Gemeinden, die mit Zeichensetzungen im öffentlichen Raum dafür sorgen, dass diese Menschen nicht vergessen werden.

Auch die Gemeinde Rum hat sich zu diesem Schritt entschlossen. Sie hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um ihre Euthanasieopfer als Individuen zu würdigen. Ziel ist es, ihre Namen und ihre Schicksale zu erforschen, sie wieder ins Bewusstsein der Gemeindebürger zu rücken und den Angehörigen und ihnen einen Ort des Gedenkens zu schenken.

Christiane Unterwurzacher

BUCHTIPP



Andrea Sommerauer,
Franz Wassermann (Hg.)
Temporäres Denkmal.
Prozesse der Erinnerung
Studienverlag 2007

GRÜNE Anträge und Anfragen

der letzten Monate (Auswahl)

31. 3. 2008

ANFRAGE Vertrag Humanocare

Der Vertrag zwischen der Markt-gemeinde Rum und der Humanocare Management-Consult GmbH über die Führung bzw. Verwaltung des Sozialen Kompetenzzentrums Rum läuft Ende 2008 ab.

- Ist daran gedacht, den Vertragsgegenstand neu auszuschreiben?
- Welche Kündigungsfristen bestehen?
- In welcher Form findet die Evaluation des Vertragserfolges statt?
- Welche Gemeindeausschüsse werden mit diesen Fragen befasst?

Vizebgm. Trescher beantwortete in der Sitzung einen Großteil der Fragen. Kurz zusammengefasst: es ist noch nichts entschieden. Es fanden Gespräche mit der Humanocare statt, aber auch mit Gemeinden, die ihre Seniorenheime selbst verwalten. Kündigungsfrist ist ein halbes Jahr (also Ende Juni). Die Evaluation des Vertragserfolgs geschehe durch die jährlichen Berichte (was uns zu eng erscheint; die Berichte der Humanocare können eine zusammenfassende Erfolgsbeurteilung durch die Gemeinde nicht ersetzen.) Die wichtigsten Ziele (u.a. die „schwarze Null“ nach drei Jahren) seien aber erreicht. Die Gemeindegremien (Generalversammlung des SoKo, Gemeinderat) würden in nächster Zeit befasst.

18. 2. 2008

ANTRAG Bessere Abstimmung des Öffentlichen Verkehrs

Die Gemeindeführung wird beauftragt, mit der „Rumer Linie“ (Verkehrsunternehmen Schöpf)

bzw. dem Verkehrsverbund Tirol (VVT) in Verhandlungen zu treten, um eine bessere Abstimmung des Öffentlichen Verkehrs zu erreichen.

Begründung: Die „Rumer Linie“ ist als Zubringer zur ÖBB derzeit nur bedingt tauglich. Auf das nun bestehende Angebot eines Halbstundentakts zwischen Hall und Telfs wird nicht reagiert. Darüber hinaus ist in den Tagesrandstunden und an Wochenenden keine öffentlichen Verkehrsverbindung innerhalb von Rum und damit auch keine schnelle Verbindung an andere Netze innerhalb des öffentlichen Verkehrs gegeben.

Näheres im Artikel auf S. 2

ANFRAGEN Immobilien Rum Gesmbh

- Wer hat mit dem Geschäftsführer Ing. Christoph Kopp jr. den mündlichen Dienstvertrag abgeschlossen? Liegt mittlerweile ein schriftlicher Dienstvertrag vor?
- Wann wurde der Dienstvertrag mit Ing. Christoph Kopp jr. abgeschlossen?
- Aufgrund welcher Beschlüsse wurde mit Ing. Christoph Kopp jr. ein anderes Gehalt als mit dem ehemaligen Geschäftsführer, Amtsleiter Braito, vereinbart?
- Welche dienstlichen bzw. rechtlichen Hindernisse stehen der Definition der Geschäftsführertätigkeit als Werkvertrag oder freier Dienstvertrag entgegen?
- Wurden dem Überprüfungsausschuss der Marktgemeinde Rum die Einsichtnahme in sämtliche Unterlagen der Gesellschaft gewährt, wie es gesellschaftsintern beschlossen wurde?

Beantwortung (gekürzt): Die Anfragen wurden von Bgm. Kopp z. T. in der Sitzung, z. T. in einem Schreiben beantwortet. Der Bürgermeister habe selbst den mündlichen Dienstvertrag nach Beschluss der Generalver-

sammlung der Immobiliengesellschaft vom 31. 5. 2005 mit Christoph Kopp jr. abgeschlossen; ein Dienstzettel sei – das sei ein Fehler – nicht ausgehändigt worden, mittlerweile liege der Vertrag (mit Datum vom 14. 2. 2008) auch schriftlich vor.

Zur Höhe des Gehalts verweist der Bgm. auf das Gehalt, das dem früheren Geschäftsführer ausbezahlt wurde. Dieser erhielt es als Teil seines Dienstverhältnisses.

Die Ausprägung des Dienstverhältnisses lasse laut Auskunft der GKK Tirol keine andere Gestaltung des Dienstvertrags zu.

17. 12. 2007

ANTRAG Verkehrskonzept Neu-Rum

Die GRÜNEN für Rum stellen den Antrag, ehestens für den Bereich Neu-Rum ein Verkehrskonzept zu erstellen, das die Planung der Regionalbahn berücksichtigt und rund um Schule, Kirche, Sozialzentrum ein verkehrsberuhigtes Zentrum schafft.

Begründung: Der Ortsteil Neu-Rum wird durch die Regionalbahn spürbare Veränderungen erfahren, die einer genauen Planung bedürfen. Auch über die Regionalbahn hinaus wäre es (a) sinnvoll, (b) nötig und (c) mit relativ geringem Aufwand möglich, ein Ortszentrum um Schule, Kirche und Sozialzentrum zu schaffen, das einerseits verkehrsberuhigt und andererseits mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erschlossen wäre.

Die SPÖ Rum hat in der Sitzung vom 18. 2. 2008 mit Bezugnahme auf unseren Antrag einen etwas breiteren eigenen Antrag gestellt.

Näheres im Artikel auf Seite 1.

ANTRAG**Dokumentation
Temporäres Denkmal**

Die GRÜNEN für Rum beantragen den Ankauf von zwei Exemplaren der als Buch erschienenen Dokumentation des Projekts „Temporäres Denkmal“ von Franz Wassermann. Die Bücher sollen den öffentlich zugänglichen Bibliotheken im Gebiet der Marktgemeinde zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Der Künstler Franz Wassermann hat sich im Projekt „Temporäres Denkmal“ mit der Aufarbeitung der Tiroler Nazi-Vergangenheit im Bereich Euthanasie auseinandergesetzt. Er hat sich im Rahmen des Projekts auch an die Gemeinde Rum gewandt, da auch Rum nachgewiesenermaßen mindestens drei Todesopfer durch Euthanasie zu beklagen hat. Leider hat die Gemeinde Rum trotz Nachfrage durch Wassermann selbst und Anfrage der GRÜNEN nicht auf die Vorschläge Wassermanns reagiert.

Ein kleiner Beitrag im Sinne der Information der RumerInnen wäre der Ankauf von 2 Dokumentationen des Projekts „Temporäres Denkmal“.

Ergebnis: Laut Information des Bürgermeisters in der Sitzung vom 18. 2. 2008 ist die Anschaffung mittlerweile erfolgt.

ANTRAG**Arbeitsgruppe
Euthanasieopfer**

Die GRÜNEN für Rum beantragen die Einsetzung einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe, die einen für Rum sinnvollen Weg eines Gedenkens an die Rumer Euthanasieopfer des Naziregimes entwickeln soll.

Begründung: Nachdem in Bezug auf ein Gedenken an die Rumer Euthanasieopfer bisher noch nichts geschehen ist, erscheint die Einrichtung einer Arbeitsgruppe ein sinnvoller Schritt. Ziel muss sein, eine Art Gedenken an die Rumer Euthanasieopfer zu gestalten, das würdig ist und den Ermordeten gerecht wird.

Ergebnis: Die Arbeitsgruppe ist mittlerweile eingesetzt.

ANFRAGE**Film**

Wer ist für die Konzeption (Drehbuch, Regie) des bei der 20-Jahre-Markt-Feier gezeigten Films verantwortlich? Wie viel hat dieser Film gekostet? An welche weiteren Einsatzmöglichkeiten des Films ist gedacht?

Beantwortung: Der Film kostete netto 7.000,- EUR. Themen und Sachgebiete wurden vom Bürgermeister vorgegeben, die Konzeption stamme von den Firmen TKM bzw. ART-TOUCH. Als weitere Verwendungsmöglichkeiten ist angegeben: „bei Präsentationen der Gemeinde [...] z. B. kapitelweise“. Der Film werde „wohl auch als historisches Dokument“ dienen.

Wir sind damit zufrieden, dass an einen breiten Einsatz des Filmes offenbar nicht gedacht wird. Mit 7.000,- Euro Kosten kann man nicht zufrieden sein; dieses Geld geht sicher irgendwo anders ab.

ANFRAGE**Energiesparmaßnahmen/
Förderung**

Welche Maßnahmen wird die Marktgemeinde Rum in Anbetracht der Energiepreise und der Klimaerwärmung setzen, dass Energiesparmaßnahmen und der Ausbau von Solarenergie bei Wohnanlagen auch für Vermieter interessant werden, sodass die Betriebskosten substanziell gesenkt werden können?

Beantwortung: Das Problem soll im Umweltausschuss behandelt werden; Vorarbeiten des UmweltsprecherInnen seien im Gange.

10. 9. 2007

ANFRAGEN**Verkehrssicherheits-
maßnahmen**

1. Welche Schritte wurden in den Sommermonaten unternommen, um die Kreuzung Serlesstraße/Austraße/Kaplanstraße für FußgängerInnen zu entschärfen?

2. Welche Schritte wurden in den Sommermonaten unternommen, um die Kreuzung Dörferstraße/Wiesenweg für FußgängerInnen zu entschärfen? Wurde mit dem Verkehrsreferat der BH Innsbruck-Land Kontakt aufgenommen? Wurde mit dem zuständigen Baubezirksamt Kontakt aufgenommen?

Beantwortung: Dazu gibt es einen ausführlichen Aktenvermerk, der auch auf unserer website gelesen werden kann: http://rum.gruene.at/news/AV_Schulwegsicherheit.pdf.

Kurz zusammengefasst:

- Es besteht offenbar prinzipielle Einsicht, dass die Kreuzung Austraße/Serlesstraße/Kaplanstraße gefährlich ist. Konkret geschehen ist leider noch nichts. Eventuell ist eine Lösung im Rahmen eines Verkehrskonzepts für Neu-Rum möglich.
- Sperrlinien bei der Kreuzung Dörferstraße/Wiesenweg sind zwar nicht zwingend vorgeschrieben, wären aber möglich. Mittlerweile ist offenbar klar, dass der Zebrastreifen so nicht bleiben kann. Gespräche bzgl. einer Verlegung sind im Gange.
- Die Rotfärbung einiger Schutzwege ist eine erste Reaktion auf unsere Schulweginitiative.

KONTAKT

Wir sind im Internet immer präsent. Sie finden alle unsere Anfragen und Anträge, unsere Presseaussendungen, unsere Termine unter <http://rum.gruene.at>.

Unter rum@gruene.at sind wir auch per E-Mail immer erreichbar. Wenn Sie Anregungen, Wünsche, Fragen haben: zögern Sie nicht.

Wir treffen uns etwa monatlich, an einem Mittwoch oder Donnerstag Abend. Schauen Sie vorbei. Gäste sind immer herzlich willkommen. Die genauen Termine finden Sie auf unserer web-site rum.gruene.at

ÖFFI-QUIZ

Die richtigen Antworten lauten:

1. c), 2. b), 3. a)